

**Ergebnisprotokoll  
der 37. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung  
und Energie vom 09.10.2014**

Beginn: 16.05 Uhr

Ende: 18.10 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Golasowski

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Jägers in Vertretung für Herrn  
Liess  
Herr Gottschalk  
Herr Sulimma  
Herr Hamann in Vertretung für Frau  
Kennard  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer  
Herr Imhoff  
Herr Hipp in Vertretung für Herrn Strohm-  
mann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe  
Herr Werner  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke**

Herr Arndt

**II Verwaltung**

Herr Dr. Sünemann  
Frau Zimmermann  
Frau Windeler  
Herr Viering  
Herr Polzin  
Frau Kamp  
Frau Urban  
Frau Gerber  
Herr Bürger  
Herr Eickhoff  
Herr Dr. Lampe  
Herr Dr. Kumpfer  
Frau Pieper  
Herr Bartsch  
Herr Donaubaue

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-  
kehr

ASV

BBN

**III Gäste**

Herr Nowack

OAL Blumenthal

**IV Gastdeputierte**

Frau Dr. Schierenbeck

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Saffe

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 37. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

Die TOP 7 und 15I) werden gemeinsam aufgerufen.

Zu TOP 8 liegt ein geänderter Beschlussvorschlag als **Tischvorlage** vor.

Herr Arndt möchte wissen, weshalb die TOP 5 und 6 verschoben wurden.

Herr Viering erläutert, dass die erforderliche Änderung im Bereich des Landschaftsschutzes noch im Verfahren sei. Es mache Sinn, beide Verfahren synchron laufen zu lassen, damit nicht ein Eindruck von Planreife entstehe, die noch nicht gegeben sei.

Beschluss

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

Einstimmig

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b> (hier: Protokoll 18/36 der Sitzung am 11.09.2014)	
-------	---	--

vertagt

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

NACH-TRAG TOP 3a	<b>Inanspruchnahme der Planungsreserve nach § 7 der Haushaltsgesetze für eine konsumtive Minderausgabe sowie Lösung der eigenen Haushaltsrisiken gem. Senatsbeschluss vom 30.09.2014</b> -1-	Vorlage 18/450
---------------------	---	-------------------

Siehe auch Protokoll der 36. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 9.10.2014.

Beschluss

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt den vorgeschlagenen Einsparungen zu der Inanspruchnahme der Planungsreserve nach § 7 der Haushaltsgesetze für eine konsumtive Minderausgabe sowie der Lösung der eigenen Haushaltsrisiken zu.

Einstimmig

TOP 4	<b>Verkehrslenkende Maßnahmen „Am Stern“</b> -5-	Vorlage 18/361
-------	---	-------------------

**Frau Gerber** stellt mittels einer Präsentation das Gutachten vor.

**Herr Imhoff** findet die Vorlage gut. Dies könnte ein Ansatz sein, um die Situation Am Stern zu verbessern.

**Herr Hipp** schlägt vor, nach einem bestimmten Zeitraum zu evaluieren, ob die gewünschten Verbesserungen im Fahrverhalten eingetreten sind.

**Herr Arndt** möchte wissen, ob Reflektoren zur Abgrenzung der Autofahrer gegenüber den Sperrflächen wirklich ausreichen und warum auf ein bauliches Element verzichtet werde.

**Herr Saxe** weist darauf hin, dass eine Evaluation ohnehin vorgesehen sei und permanent durch die Verkehrsunfallkommission erfolge. Der Stern stelle immer noch den Unfallschwerpunkt in Bremen dar. Deswegen sei es wichtig, den Sicherheitsaspekt ganz in den Vordergrund zu stellen. Es werde Verkehrsfläche zurückgenommen, um die Sichtbarkeit für die einzelnen Verkehrsträger zu erhöhen. Da die Umsetzung nicht mehr in diesem Jahr erfolgen könne, möchte er wissen, ob die vorhandene Gelbmarkierung, die in keinem guten Zustand mehr sei, erneuert bzw. ausgebessert werde.

**Frau Pieper** bejaht dies, die vorhandene Gelbmarkierung werde überprüft und in verkehrssicherem Zustand gehalten.

Auf die Frage von **Herrn Jägers** erklärt **Herr Bartsch**, dass bereits das Abbiegen von der Holerallee in die Herrmann- Böse- Straße aus Sicherheitsgründen unterbunden sei. Im Rahmen der Planung werde geprüft, ob das Abbiegen von der Herrmann- Böse- Straße in die Parkallee, wie vom Gutachter empfohlen, ebenfalls untersagt werden sollte. Dann müsste der Stern einmal umfahren werden, um von der Herrmann- Böse- Straße in die Parkallee zu gelangen. Das betreffe aber sehr, sehr geringe Abbiegeströme.

Wie die Abgrenzung der Sperrflächen tatsächlich erfolge, werde im Rahmen des Planungsprozesses zu überprüfen sein. Das Gutachten enthalte diverse Vorschläge. Die Reflektoren kommen einer baulichen Umsetzung von Einbauten hier sehr nahe.

#### Beschluss

*1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt das Ergebnis der Verkehrspsychologischen Untersuchung Am Stern zur Kenntnis.*

*2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Ermittlung der Planungskosten und deren Finanzierung zur Kenntnis.*

*3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) beschließt, dass die Planung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit Am Stern entsprechend der Empfehlung des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr aufgenommen werden soll.*

*Einstimmig*

TOP 5	<b>Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 119. Änderung - Osterholz (südlich Osterholzer Dorfstraße)</b> - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie - FB 01-	Vorlage 18/438
-------	--	-------------------

-vertagt-

<b>TOP 6</b>	<b>Bebauungsplan 2436 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz südlich Osterholzer Dorfstraße zwischen Rodenfleet und Ehlersdamm (zum Teil einschließlich) Blatt A und Blatt B</b>  -Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie -FB 01-	Vorlage 18/439
--------------	--	-------------------

-vertagt-

<b>TOP 7</b>	<b>Gartenstadt Werdersee, Bebauungsplan 2452 für ein Gebiet in Bremen - Neustadt / Obervieland</b>  -Bewilligung von Haushaltsmitteln für die Entwicklung von Wohnbauflächen -6-	Vorlage 18/435
--------------	---	-------------------

**TOP 7 und TOP 15 I werden gemeinsam beraten.**

**Herr Werner** begrüßt, dass es gelungen sei, Mittel für ein umfangreiches Beteiligungs- und Prüfverfahren bereit zu stellen. Dadurch könne die Bürgerbeteiligung aufgewertet werden, damit sich möglichst viele Menschen daran beteiligen können, dieses neue Quartier zu planen. Er fragt, ob durch die Verwendung von Mitteln aus dem Programm „Aktive Zentren und Nebenzentren, Schwerpunktgebiet Walle“ Mittel für Projekte in Walle fehlen würden.

**Herr Arndt** erinnert daran, dass er bereits beim Planaufstellungsbeschluss gefordert habe, hier deutlich über die 25 % geförderter Wohnungsbau hinauszugehen. Dies hätte bei den städtebaulichen Untersuchungen zumindest eine Erwähnung finden sollen. Unter diesen Maßgaben könne er der Vorlage nicht zustimmen. Am linken Weserufer müsse mehr für den sozialen Wohnungsbau getan werden, um der Spaltung der Stadt entgegen zu wirken.

**Frau Neumeyer** weist darauf hin, dass man der Bürgerinitiative hätte mitteilen können, dass das Gespräch nicht wie ursprünglich angekündigt im August stattfinde. Gerade in der Frage, wie viele Wohneinheiten geschaffen werden, müsse es eine Annäherung oder eine Einigung mit den Bürgerinitiativen vor Ort geben. Dennoch werde ihre Fraktion der Finanzierung für die Bürgerbeteiligung zustimmen.

**Frau Dr. Schaefer** stellt fest, dass auch Gutachten zum Natur- und Landschaftsschutz, Artenschutz, Eingriffs- und Ausgleichsregelungen mitfinanziert würden. Wenn diese Fläche oder ähnliche Flächen wie am Aumunder Friedhof bebaut würden, müsse man sich auch qualifiziert darum bemühen das dort vorhandene Grün zu erhalten. Dies müsse in einem Grünrahmenplan integriert werden und entsprechende Planungsmittel seien bereit zu stellen. Es sei die Frage an Sie herangetragen worden, ob das mehrgeschossige Gebäude wirklich vorne am Deich stehen müsse, in direkter Sichtverbindung zur anderen Seite des Werdersees. Sie nehme mit, dass solche Fragen in den Beteiligungsprozessen eingebracht und geprüft werden. Was gebaut werde, müsse sich in die Landschaft einfügen und naherholungsverträglich sein. Grundsätzlich sollten im Rahmen der Innenentwicklung solche Grundstücke vorrangig beplant werden, die bereits seit Jahren brachliegen, bevor man Grünflächen heranziehe.

**Herr Pohlmann** führt aus, dass die Friedhofserweiterungsfläche eine intensiv diskutierte Frage sei. Im Bündnis für Wohnen sei besprochen worden, dass die zentrale Frage, nach deutlich mehr Wohnraum in allen Segmenten des Wohnungsbaus nicht nur mit einer möglichen weiteren Innenentwicklung gelöst werden könne. Daher habe diese Deputation und auch der Senat nach Diskussion im Bündnis für Wohnen auch neue Wohnbauflächen als Pilotprojekte be-

schlossen. Dies sei z. B. der Wohnpark Oberneuland, aber auch die Friedhofserweiterungsfläche Huckelriede. Zu diesen Beschlüssen müsse man stehen.

**Herr Senator Dr. Lohse** erklärt, dass man sich in einem mehrjährigen Prozess befände, der sehr breit aufgestellt und sehr breit politisch geeint und abgestimmt sei. Bremen brauche mehr Wohnraum. Dafür würden aber auch Flächen für die nächsten Jahre gebraucht. Bremen sei eine wachsende Stadt, aber auch immer noch eine der am dünnsten besiedelten Großstädte Deutschlands. Bremen habe immer noch pro Einwohner 30 % mehr Grünflächen, mehr Siedlungs- und Verkehrsflächen als andere. Das bedeute aber auch, dass Infrastrukturen weniger effektiv und somit weniger wirtschaftlich genutzt würden, als in dichter bebauten Städten. Im Bündnis für Wohnen seien gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft klare Verabredungen getroffen worden, darunter auch, bei Bauvorhaben in der Zukunft 25 % Sozialwohnungen herzustellen. Darauf könnten sich alle Akteure einstellen und dies sei auch Gegenstand der Verhandlungen.

**Herr Viering** erklärt, dass die hier benötigten Planungsmittel den gesamten Haushaltsanschlag für zwei Jahre darstellen würden. Daher sollen die Mittel über andere passende Haushaltsstellen finanziert werden. Die Unternehmen hätten sich bereit erklärt, ihren Anteil an diesen Kosten zu tragen. Daher sei mit deutlichen Rückflüssen zu rechnen, die diesen Haushaltsstellen wieder zu Gute kommen könnten, so dass es deswegen kein Problem in anderen Stadtteilen geben werde.

Die Grundstücke, die für Wohnraum für Baugemeinschaften zur Verfügung gestellt werden, würden nicht auf die Sozialwohnungsquote angerechnet. Dadurch könnten mehr geförderte Wohnungen dort entstehen, als es dem sonstigen Standard entspreche.

**Herr Imhoff** weist darauf hin, dass zwar Einigkeit bestehe, dass mehr Wohnungsbau nötig und durch die 25 % Quote an Sozialwohnungen etwas für den sozialen Wohnungsbau zu tun sei. Wenn man aber den Schwerpunkt auf die Innenverdichtung lege und dann doch Grünflächen bebauen wolle, dürfe man sich nicht wundern, dass sich vor Ort Widerstand rege.

**Frau Dr. Schierenbeck** führt aus, dass man sich den Auseinandersetzungen stellen müsse. Sie berichtet von einem Schreiben der Initiative für Bremen an alle Abgeordnete, die Mittel für den Beteiligungsprozess heute nicht zu beschließen. Diese Deputation habe bereits einen Beschluss gefasst, dass diese Fläche bebaut werden solle. Man wolle eine Bürgerbeteiligung, die diskutiert, wie bebaut werde, aber nicht ob. Deswegen sei ihre Fraktion dafür, heute diesen Beschluss zu fassen.

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu.*

*Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion der LINKE*

<b>NACH- TRAG TOP 15I)</b>	<b>Gartenstadt Werdersee</b> -6-	BdV schriftlich
------------------------------------	-------------------------------------	--------------------

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 8	<b>Bebauungsplan 2485 für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt, zwischen Konsul-Smidt-Straße, Am Winterhafen und Silbermannstraße -FB 01-</b>	Vorlage 18/441
-------	--	-------------------

Beschluss

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für den Geltungsbereich des Planentwurfes ein Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).“
2. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2485 für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt, zwischen Konsul-Smidt-Straße, Am Winterhafen und Silbermannstraße (Bearbeitungsstand: 04.09.2014) einschließlich Begründung zu.“
3. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für den Bebauungsplan 2485 für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt, zwischen Konsul-Smidt-Straße, Am Winterhafen und Silbermannstraße (Bearbeitungsstand: 04.09.2014) von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen wird.“
4. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i. V. mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB der Entwurf des Bebauungsplanes 2485 für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt, zwischen Konsul-Smidt-Straße, Am Winterhafen und Silbermannstraße (Bearbeitungsstand: 04.09.2014) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“
5. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie hebt den Planaufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 85 für die Errichtung von Wohn- und Geschäftshäusern zwischen Konsul-Smidt-Straße, Am Winterhafen und Silbermannstraße in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt vom 19. Juli 2012 auf.“
6. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie hebt den Berichtsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 85 für die Errichtung von Wohn- und Geschäftshäusern zwischen Konsul-Smidt-Straße, Am Winterhafen und Silbermannstraße in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt vom 6. Dezember 2012 auf; das entsprechende Bebauungsplanverfahren ist einzustellen.“

Einstimmig

<b>TOP 9</b>	<b>Bebauungsplan 2468 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Parallelweg, Schleswiger Straße und Autobahnzubringer Überseestadt -FB 01-</b>	Vorlage 18/442
--------------	--	-------------------

Beschluss

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst zur Sicherung der städtebaulichen Ziele des kommunalen Zentren- und Nahversorgungskonzepts den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2468 gemäß § 13 BauGB für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Parallelweg, Schleswiger Straße und Autobahnzubringer Überseestadt im vereinfachten Verfahren aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).“
2. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für den Bebauungsplan 2468 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Parallelweg, Schleswiger Straße und Autobahnzubringer Überseestadt (Bearbeitungsstand: 04.09.2014) von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen wird.“
3. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplan 2468 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Parallelweg, Schleswiger Straße und Autobahnzubringer Überseestadt (Bearbeitungsstand: 04.09.2014) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“

Einstimmig

<b>TOP 10</b>	<b>1. Änderung des Bebauungsplanes 922 für ein Gebiet in Bremen – Blumenthal mit den Grundstücken</b> - Lüssumer Straße von Haus Nr. 95 bis Nr. 105 B - Hakenwehrstraße von Haus Nr. 2 bis Nr. 4, Haus Nr. 22 sowie Flurstück 428/1 der Flur VR 148/1 (rückwärtiger Teil) - Mühlenstraße von Haus Nr. 102 bis Nr. 118 sowie Flurstück 431/3 der Flur VR 148/1 (rückwärtig Mühlenstraße) - Wierenstraße Haus Nr. 11 (Reduzierung des Geltungsbereiches, Öffentliche Auslegung) -BBN-	Vorlage 18/444
---------------	---	-------------------

**Frau Dr. Schaefer** berichtet, dass das Grundstück offensichtlich als DHL- Stützpunkt genutzt werde.

**Herr Donaubaue**r führt aus, dass der Antragsteller mündlich darüber informiert sei, dass jede Nach- und Umnutzung genehmigungspflichtig sei und man habe ihm jetzt offiziell eine Anhörung zukommen lassen. Vom Ortsamt kam der Hinweis, dass es dort Rodungen gegeben haben solle. Dieser Hinweis wurde der unteren Naturschutzbehörde weiter geleitet.

**Frau Neumeyer** erklärt, dass ihre Fraktion sich zu der Vorlage enthalten werde. In diesem Plan werde sich immer wieder auf das Zentren- und Nahversorgungskonzept berufen, das aus Sicht der CDU schon lange überarbeitungsbedürftig sei und evaluiert werden müsse.

Beschluss

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der Reduzierung des Geltungsbereiches der 1. Änderung des Bebauungsplanes 922 für ein Gebiet in Bremen - Blumenthal mit den Grundstücken Lüssumer Straße von Haus Nr. 95 bis Nr. 105 B, Hakenwehrstraße von Haus Nr. 2 bis Nr. 4, Haus Nr. 22 sowie Flurstück 428/1 der Flur VR 148/1 (rückwärtiger Teil), Mühlenstraße von Haus Nr. 106 bis Nr. 118 sowie Flurstück 431/3 der Flur VR 148/1 (rückwärtig Mühlenstraße) und Wierenstraße Haus Nr. 11 auf das im Planentwurf (Bearbeitungsstand: 23.09.2014) bezeichnete Gebiet zu.
  
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes 922 für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen - Blumenthal mit den Grundstücken Lüssumer Straße von Haus Nr. 95 bis Nr. 105 B, Hakenwehrstraße von Haus Nr. 2 bis Nr. 4, Haus Nr. 22 sowie Flurstück 428/1 der Flur VR 148/1 (rückwärtiger Teil), Mühlenstraße von Haus Nr. 106 bis Nr. 118 sowie Flurstück 431/3 der Flur VR 148/1 (rückwärtig Mühlenstraße) und Wierenstraße Haus Nr. 11 (Bearbeitungsstand: 23.09. 2014) einschließlich Begründung zu.
  
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes 922 für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen - Blumenthal mit den Grundstücken Lüssumer Straße von Haus Nr. 95 bis Nr. 105 B, Hakenwehrstraße von Haus Nr. 2 bis Nr. 4, Haus Nr. 22 sowie Flurstück 428/1 der Flur VR 148/1 (rückwärtiger Teil), Mühlenstraße von Haus Nr. 106 bis Nr. 118 sowie Flurstück 431/3 der Flur VR 148/1 (rückwärtig Mühlenstraße) und Wierenstraße Haus Nr. 11 (Bearbeitungsstand: 23.09. 2014) mit Begründung öffentlich auszulegen ist.

Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion der CDU

<b>TOP 11</b>	<p><b>2. Änderung des Bebauungsplanes 399 für ein Gebiet in Bremen - Burglesum zwischen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Hindenburgstraße</li> <li>- Alter Schulhof</li> <li>- Schneiderstraße</li> </ul> <p>(Planaufstellungsbeschluss)</p> <p>-BBN-</p>	<p>Vorlage 18/445</p>
---------------	---	---------------------------

**Frau Dr. Schaefer** erläutert, dass mit dieser Vorlage das Ortsbild rund um die Kirche mit dem Marktplatz erhalten bleiben sollte, was sie ausdrücklich unterstütze. Es sei dort ein brachliegendes Grundstück vorhanden. Ein Investor möchte dort bauen und es gäbe einen Dissens über die Geschosshöhe. Wenn man den Ortskern mit dem Bild der Kirche so erhalten wolle, dann müsse sich die Geschossigkeit dem auch anpassen. Mit dieser Zielrichtung sollte der Dialog mit dem Investor wieder aufgenommen werden.

**Frau Neumeyer** unterstützt die Erhaltung des Ortskerns. Der dort noch vorhandene dörfliche Charakter in Lesum müsse erhalten bleiben.

**Herr Imhoff** möchte wissen, wann die Gespräche mit dem Investor wieder aufgenommen würden, um einen Konsens herzustellen.

**Herr Donaubauer** weist darauf hin, dass der Eigentümer anwesend sei und man habe sich verabredet, die Gespräche in den nächsten beiden Wochen wieder aufzunehmen.

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 399 für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen - Burglesum zwischen Eisenbahnstrecke Bremen-Burg und Bremen-Vegesack, Hindenburgstraße, An der Lesumer Kirche (beidseitig), Deichweg/Leeseweg, Am Lesumhafen (z.T. beidseitig), Lesmonastraße (beidseitig), Alter Kirchweg (bis Hausnummer 2), Käthe-Kollwitz-Straße (beidseitig bis Hausnummer 5) geändert werden soll (Planaufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes 399). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.*

*Einstimmig*

<b>TOP 12</b>	<b>STRASSEN BENENNUNG</b> <b>Charlotte-Wolff-Allee u.a.</b> -ASV-	Vorlage 18/448
---------------	---	-------------------

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Vorschläge zur Kenntnis und beschließt deren Weiterleitung an den Senat.*

*Einstimmig*

<b>TOP 13</b>	<b>STRASSEN BENENNUNG</b> <b>Bürgermeisterin-Mevissen-Weg</b> - ASV -	Vorlage 18/422
---------------	---	-------------------

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.*

*Einstimmig*

<b>TOP 14</b>	<b>„Berichte an die Bremische Bürgerschaft über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechtes für die Jahr 2012 und 2013“</b> <b>(Beleihungsberichte 2012 und 2013)</b> -1-	Vorlage 18/413	L/S
---------------	--	-------------------	-----

**Siehe auch Protokoll der 36. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 9.10.2014.**

Beschluss

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den die Wohnungsbauförderung betreffenden Teil der Beleihungsberichte 2012 und 2013 zur Kenntnis.*

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) ist damit einverstanden, dass der Bericht an den Senat und an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) weiter geleitet wird.

Einstimmig

<b>NACH-TRAG</b> <b>TOP 14a</b>	<b>Aktionsplan zur Lärminderung nach der Umgebungsrichtlinie</b> -22-	zu Vorlage 18/410
------------------------------------	--	-------------------------

**Herr Senator Dr. Lohse** erläutert, dass aus formalen Gründen die Beschlussfassung der Deputation erforderlich sei. Am 3. Juli 2014 habe die Deputation lediglich Kenntnis genommen. Dieser Verfahrensfehler solle nun geheilt werden.

**Herr Imhoff** erklärt, dass der Aktionsplan zur Lärminderung im Großen und Ganzen Konsens sei. Neben vielen guten Maßnahmen, enthalte er aber auch ein paar Maßnahmen, die seine Fraktion nicht unterstützenswert finde und sich deswegen dazu enthalten werde.

Beschluss

*Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Aktionsplan zur Lärminderung nach der Umgebungslärmrichtlinie (Lärmaktionsplan) gemäß der Vorlage 18/410 (S) vom 26.06.2014 und stimmt dessen Weiterleitung an den Senat und an die Bürgerschaft mit der Bitte um Kenntnisnahme zu.*

*Zustimmung bei Enthaltung der CDU*

<b>TOP 15</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
<b>TOP 15a)</b>	<b>Nachnutzung des Tanklager Farge</b> -04-	BdV <b>mündlich</b>

**Herr Dr. Kumpfer** berichtet, dass über die Nachnutzung des Tanklagers Farge der Eigentümer entscheide. Dies sei die Bundeswehr. Diese sei derzeit bemüht, das Tanklager an die BIMA abzugeben. Dazu gebe es eine Arbeitsgruppe. Die BIMA entscheide nicht über die Nachnutzung. Die Bundeswehr selbst habe mitgeteilt, dass die Stilllegung beabsichtigt sei und begonnen wurde. Der Prozess dazu beinhalte zum Jahresende die Vorlage eines Stilllegungs- und Rückbaukonzeptes, das mit der Gewerbeaufsicht abgestimmt und von dort genehmigt werde. Damit sei dann der Prozess der Stilllegung eingeleitet, der nach Aussage der Bundeswehr auch nicht zurücknehmbar sei. Es sei eine Nutzung der Fläche als Wald vorgesehen, wie im aktuellen und auch im Entwurf des neuen Flächennutzungsplanes dargestellt.

**Frau Dr. Schaefer** geht davon aus, dass die Ergebnisse der Prüfungen zum Stilllegungs- und Rückbaukonzept der Deputation vorgelegt werden. Auf jeden Fall werde eine umweltfreundliche Nachnutzung angestrebt. Perspektivisch sollte das Areal, das ja zumindest oberirdisch hochattraktiv ist, für die Bevölkerung als Ort der Naherholung geöffnet werden.

**Herr Imhoff** schließt sich dem Vorschlag an, den Menschen den Wald wieder erlebbar zu machen.

**Herr Senator Dr. Lohse** ergänzt, dass es gelungen sei, hier insgesamt einen Erfolg zu erzielen. Auf den verschiedensten Ebenen seien intensive Gespräche mit der Bundeswehr und mit der BIMA geführt worden. Es sei gelungen, den Wunsch aus dem Stadtteil umzusetzen, dass es nicht zu einer Weiternutzung dieses Tanklagers komme. Für die Zukunft sei nun eine Nutzung angezeigt, die dem Wert der Fläche mit dem Baumbestand Rechnung trage. Sollte ein Rückbau erwägt werden, müsse man die Belastungen für den Stadtteil bedenken. Ein Rück-

bau gehe einher mit LKW- Verkehr, massiven Erdbewegungen, Abbrucharbeiten, Baumfällungen und dergleichen. Wenn das Gutachten mit den verschiedenen Varianten vorliege, werde es auf jeden Fall im Stadtteil vorgestellt.

**Herr Nowack** berichtet von widersprüchlichen Aussagen der BIMA und des Bundesamtes für Infrastruktur und Dienstleistung, wonach es noch Anfang August Gespräche über eine Weiternutzung als Tanklager in privater Hand gegeben haben sollte.

**Herr Dr. Kumpfer** stellt klar, dass die Bundeswehr als Eigentümerin der Fläche gegenüber dem Ressort eindeutig erklärt habe, dass sie beabsichtige, die Fläche still zu legen. Erst nach der Klärung der Altlastenfrage, Stilllegung oder Rückbau, werde das Areal an die BIMA übergeben. Die BIMA sei nicht bereit, das Tanklager in diesem Zustand mit der ungeklärten Altlastenfrage zu übernehmen und sei momentan nicht Akteur. Der Akteur sei die Bundeswehr. Und von dort komme eine ganz eindeutige Aussage.

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 15b)</b>	<b>Auskunfts- und Beschwerdemanagement beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr</b> -01-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

**Herr Hamann** möchte wissen, inwieweit die Daten, soweit sie nicht dem Datenschutz unterliegen, veröffentlicht würden. In der letzten Legislaturperiode habe man über ein System gesprochen, Maerker Brandenburg, das genau dafür da sei.

**Herr Staatsrat Golasowski** nimmt die Nachfrage auf. Man werde darüber nachdenken, wie das Beschwerdemanagement für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbarer gemacht werden könne.

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 15c)</b>	<b>Baumschutz bei Baumaßnahmen</b> -6, 3-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

**Herr Saxe** weist darauf hin, dass es bei etwa 72.000 Straßenbäumen in Bremen, werthaltig etwa 3.000 € pro Baum, um Werte von über 2,5 Mio € gehe, die durch Baumaßnahmen erheblich geschädigt würden. Zudem seien gerade alte Bäume auch stadtbildprägend. Viele Bautätigkeiten würden nicht angezeigt werden und eher zufällig bekannt werden. Dies sei ein unbefriedigender Zustand. Wenn jemand im öffentlichen Raum baue, dann müsse dies nachvollziehbar sein. Hier bestehe Verbesserungsbedarf. Bei großen Bauvorhaben werde die Hinzuziehung einer ökologischen Baubegleitung zwar gefordert, erfolge aber aus Gründen der Verhältnismäßigkeit nur in Ausnahmefällen. Verhältnismäßig im Sinne eines Baumschutzes wäre es, wenn bei größeren Baumaßnahmen die ökologische Baubegleitung nicht die Ausnahme, sondern die Regel wäre. Weiter lese er in der Vorlage, dass alle anderen Vorhaben der Aufsicht des UBB unterliegen und aufgrund der Vielzahl der parallelen Arbeiten in der Regel nur Stichproben möglich seien. Zusammenfassend würden also viele Bauvorhaben nicht angezeigt werden müssen und wenn sie angezeigt werden, würden nur Stichproben gemacht. Auch hier müsse man besser werden. Er möchte wissen, ob es ein Verfahren gebe, wenn Bäume an Grundstücksgrenzen stehen. Wenn eine Seite baue, könnten beispielsweise die Wurzeln eines Baumes auf der anderen Seite geschädigt werden. Wie seien solche Fälle im Sinne eines besseren Baumschutzes zu regeln? Auch bei Gebäudeabrissen könnten Bäume betroffen sein und es sollte zumindest bekannt sein, dass es solche Abrisse gebe.

**Frau Dr. Schaefer** ergänzt, die Umweltverbände hätten darauf hingewiesen, dass geprüft werden müsse, wie die Kriterien für die Bauträger definiert würden. Es dürfe nicht nur der Stammumfang betrachtet werden, gerade ältere Bäume hätten noch ganz andere Anforderungen. Dies sei in der Vergangenheit zumindest sehr kurzfristig betrachtet worden. Auf dem Papier werde zwar festgelegt und beschlossen, dass ein Baum geschützt werden müsse. Nach einer bestimmten Zeit seien Bäume dann oft aber doch abgestorben. Deswegen müsse man sich mit diesem ganzen Feld des Baumschutzes intensiver befassen. Der UBB plane, das Baummonitoring zu digitalisieren. Dies sei ein guter Ansatz, um künftig festzustellen, ob eine Baumaßnahme ursächlich für eine Baumschädigung gewesen sei.

**Herr Staatsrat Golasowski** sagt zu, die offenen Fragen in einem Folgebericht zu gegebener Zeit zu beantworten.

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 15d)</b>	<b>Planungsstand</b> <b>1) Güldenhaus-Gelände, Große Sortillienstr.</b> <b>2) Grundstück Erlenstr. / Oderstr. (ehemalige Tankstelle)</b> -6-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

**Herr Pohlmann** bittet um einen erneuten Bericht, wenn die Ergebnisse der Gespräche mit dem Eigentümer vorliegen.

**Herr Werner** möchte wissen, ob diese aktuelle Zwischennutzung, das Verfahren verkompliziere und verlängere.

**Herr Viering** verneint dies.

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 15e)</b>	<b>Sachstandsbericht zur Entwicklung der Folgenutzung der Schule in der Otto-Braun-Straße</b> - FB 01 -	BdV mündlich
-----------------	--	-----------------

**Herr Viering** berichtet, dass ein Bauleitplanverfahren laufe. Es gehe um eine Teilfläche der Schule, die nicht mehr benötigt werde. Bei solchen Flächenmobilisierungen stelle sich die Frage, ob erst die Fläche durch Immobilien Bremen ausgeschrieben und mit einem Investor zusammen einen Bebauungsplan entwickelt werde oder ob man zuerst einen Bebauungsplan aufstelle und die Fläche mit diesem Planungsrecht ausschreibe. Hier habe man sich für einen Mittelweg entschieden, um optimal Bauleitplanverfahren und Ausschreibung zu koordinieren. Der Bebauungsplan habe bereits öffentlich ausgelegt. Mit dem Ergebnis der öffentlichen Auslegung würden nun mit Immobilien Bremen die Ausschreibungsbedingungen besprochen. So solle ein Investor gefunden werden. Wenn dieser keine neuen, besseren Ideen habe, werde der Bebauungsplan so hier vorgelegt. Wenn vor dem Hintergrund des Ausschreibungsergebnisses, aufgrund des Bebauungskonzepts, Anpassungen nötig seien, würden diese in das Bebauungsplanverfahren eingearbeitet. Die Ausschreibung sei noch nicht endgültig abgestimmt, stehe aber bald bevor.

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 15f)	<b>Sachstandsbericht Baugebiet Brokhuchting</b> - FB 01 -	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Auf die Nachfrage von **Herrn Imhoff** antwortet **Herr Staatsrat Golasowski**, dass diese Deputation beschlossen habe, den Bebauungsplan aufzuheben. Der mögliche Investor habe sich dagegen gewandt und man sei mit ihm in einer Korrespondenz. Diese gestalte sich schwierig.

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zum Stand der Angelegenheit Wohngebiet Brokhuchting zur Kenntnis.*

TOP 15g)	<b>Sachstand zu städtebaulichen Planungen im Bereich des Bahnhofs Blumenthal</b> - BBN-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

**Frau Dr. Schaefer** fragt nach den konkreten Planungen zum Kioskgebäude. Wenn man diesen Bahnhofsplatz aufwerten wolle, dann müsse man städtebaulich darauf achten, dass so ein kleiner Platz nicht mit einem überdimensionierten Gebäude bebaut werde. Sie weist weiter darauf hin, dass bei einer Nutzung des Bahnhofsgebäudes für Wohnzwecke zu bedenken sei, dass beim Wohnen an den Gleisen Beeinträchtigungen durch Bahnlärms und Erschütterungen zu erwarten seien.

**Herr Staatsrat Golasowski** berichtet, dass es Uneinigkeit gegeben habe, wer die erforderlichen Gutachten zu Erschütterungen und Lärm beibringen müsse. Er habe an den Bauherrn geschrieben und ihm vorgeschlagen, dass das Ressort diese Gutachten einholen und bezahlen werde, damit sie in die Abwägung einfließen können. Er müsse dann aber bereit sein, diese Gutachten zu akzeptieren.

Zunächst sei ein Kiosk vorgesehen gewesen. Derzeit befinde sich ein Stützpunkt der BSAG im Eingangsbereich Wätjens Park und es wäre städtebaulich sehr interessant, wenn man diesen aufgeben könnte. So sei dann die Idee entstanden, den Stützpunkt ebenfalls in das Gebäude zu verlegen. Mit einem eingeschossigen Gebäude sei dies nicht realisierbar. Zur Frage, wie das städtebaulich verträglich gestaltet werden könne, habe sich Frau Prof. Dr. Reuther mit dem Bauherrn in Verbindung gesetzt und es hätten Gespräche stattgefunden.

**Frau Dr. Schaefer** bittet darum, über die Ergebnisse dieser Gespräche in der Deputation mündlich zu berichten.

**Herr Nowack** thematisiert dass dem Investor insbesondere durch den Wegfall des Schienenbonus zusätzliche Auflagen für den Lärmschutz gemacht wurden, wodurch für ihn die Wirtschaftlichkeit des Projektes in Frage stehe. Er möchte wissen, ob dies Auswirkungen auf den Bau des Busbahnhofs Blumenthal habe, zumal zu den Planungen ein Grundstückstausch zwischen dem Bauherrn und der Stadtgemeinde gehöre.

**Herr Senator Dr. Lohse** stellt klar, dass das Ressort ein hohes Interesse daran habe, dass der Bahnhof Blumenthal so umgesetzt werde, wie es geplant und beschlossen wurde. Mit diesem Ziel würden auch die Gespräche mit dem Investor geführt.

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 15h)	<b>Sachstandsbericht zum Planungsstand von Zebrastreifen in Horn und Oberneuland</b> -ASV-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 15i)	<b>Künftige energetische Nutzung von Hüttengasen aus der Stahlindustrie</b> -2-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

**Frau Dr. Schierenbeck** bedauert die Entscheidung und kritisiert, dass bevor eine Investitionsentscheidung getroffen worden sei, bereits ein Wald in der Größenordnung von 43.000 m<sup>2</sup> gerodet wurde. Im Sinne von Energieeffizienz und Klimaschutz wäre natürlich ein Kraftwerksneubau besser gewesen als die Ertüchtigung eines Kraftwerks aus den 70er Jahren.

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 15j)	<b>Verbesserung der Verkehrsabläufe in der Habenhauser Brückenstraße</b> -5-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 15k)	<b>Umsetzung des Wohnraumförderprogramms 2012/2013</b> -73-	BdV schriftlich	L/S
----------	--	--------------------	-----

**Siehe auch Protokoll der 36. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 9.10.2014.**

Beschluss

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.*

TOP 16	<b>Verschiedenes</b>	
--------	----------------------	--

**Herr Hipp** berichtet, dass in der Vorlage zum IEK Gröpelingen aus der letzten Deputationssitzung eine Formulierung zum Präventionsrat bei diesem auf Kritik gestoßen sei. Der Präventionsrat Bremen West sei in der Vorlage als ein aus Einzelakteuren bestehender Zusammenschluss von Personen dargestellt worden. Es wäre schön, wenn dazu entweder Kontakt mit dem Präventionsrat aufgenommen oder hier richtig gestellt würde, dass das Bauressort Präventionsräte als wichtige Einrichtung betrachte.

**Herr Staatsrat Golasowski** erklärt, dass ein Gespräch zwischen den Präventionsratsmitgliedern, die diese Kritik geäußert haben und der Senatsbaudirektorin für Anfang Dezember verabredet sei. Es sei nicht ganz klar gewesen, welches Mandat einzelne Mitglieder des Präventionsrats hatten. Das Gespräch werde eine Klarstellung bringen.

**Herr Imhoff** regt an, eine Sitzung der Deputation auf dem BUND- Hof Bavendamm in Blockland zu planen.

Folgende Berichtswünsche wurden eingebracht:

<b>Abfallwirtschaftskonzept/ Gutachten zur Re-kommunalisierung</b>	Nachfrage von Herrn Imhoff	<b>Vorlage am 04.12.2014 geplant</b>
<b>Sachstand Planungsgutachten zum zentralen Omnibusbahnhof</b>	Nachfrage von Herrn Imhoff	<b>Vorlage am 04.12.2014 geplant</b>
<b>Anliegergebühren Osterholzer Dorfstraße</b>	Berichtswunsch von Herrn Arndt	<b>21.11.2014</b>
<b>Illegal abgelagerter Sperrmüll in der Vahr</b>	Berichtswunsch von Herrn Gottschalk am 9.10.2014	<b>21.11.2014</b>

**Herr Senator Dr. Lohse** schließt die 37. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll